

# Stress mit und ohne Arbeit

Mein Name ist Lara. Ich habe viele verschiedene Jobs in meinem Leben gemacht - von Bauzeichnerin bis Stapelfahrerin. Ich habe lange und viel gearbeitet. Außerdem habe ich vier Kinder groß gezogen. Jetzt bin ich einfach nicht mehr so belastbar. Die Termine im Jobcenter waren immer die Hölle. Die Sachbearbeiterin war sehr unfreundlich und wollte mich zwingen, jede Tätigkeit zu machen, auch wenn ich dabei Schmerzen habe. Erst als ich Mitglied bei Zusammen e.V. wurde und mit Begleitung zum Jobcenter ging, wurde es besser. Meine beiden Söhne berichten oft von ihrer Arbeit. Mein Ältester ist Facharbeiter in einem großen Chemiekonzern. Er verdient relativ gut. Aber in den letzten Jahren hat der Arbeitsdruck immer mehr zugenommen. Die Arbeit, die früher von sechs Kollegen erledigt wurde, machen jetzt drei. Dadurch ist der Stress stark angestiegen und es fallen immer mehr Überstunden an, die nur durch Freizeit ausgeglichen werden sollen - wenn denn niemand im Urlaub oder krank ist. Mein Jüngster musste erst ein Jahr als Leiharbeiter für einen sehr niedrigen Lohn arbeiten. Er wurde übernommen, muss aber für 1400,- netto zehn Stunden am Tag und oft auch Samstags arbeiten - für einen ausgebildeten Schreiner sehr wenig. Besser wäre, wenn alle weniger arbeiten müssten und dafür auch alle Arbeit haben.



# Irrwege der Bewerbungskosten

Versenden von Bewerbungen und zum Vorstellungsgespräch fahren, kostet nicht nur viel Zeit, sondern auch Geld. Empfänger von Hartz IV können daher Bewerbungskosten beantragen. In Frankfurt sind es 5 Euro pauschal pro Bewerbung. Der Nachweis ist mit der Kopie des Bewerbungsansprechens abgegolten. Nun unsere wahre Geschichte: Nach Eingliederungsvereinbarung soll unsere Hartz-IV-Aufstockerin sich bewerben, um für die Zukunft eine Arbeit zu erhalten, die sie von den Leistungen des Amtes unabhängig macht. Soweit so gut. Unser Fallbeispiel ist fleißig und bewirbt sich, vorher hat sie natürlich einen Antrag auf Förderung gestellt. So wird der Antrag, sowie die geforderten Kopien der Bewerbungsschreiben dem Amt zugesandt. Bald kam die erstaunliche Antwort des Jobcenters mit der Ablehnung der Kosten mit dem Hinweis es wären ja keine Absa-

gen der Bewerbungen nachgewiesen. Außerdem wären es zu viele und falsch, denn es wurde sich auch bundesweit beworben und nicht nur im Niedriglohnbereich! Aha, nun werden die Absagen noch einmal zugesandt mit dem Hinweis, dass die Ablehnungsgründe nirgendwo im Gesetz stehen! So erfolgt nun der 2. Akt: Überweisung der Bewerbungskosten - aber nur zum Teil, da die Kosten insgesamt 260 Euro übersteigen. Doch diese Summe ist im Gesetz nirgendwo vermerkt, also rein willkürlich. Was folgt? Leider kann die Geschichte noch nicht bis zum Ende erzählt werden. Nun folgt erst einmal der Widerspruch dann evtl. die Klage, die dann vielleicht in drei Jahren entschieden wird. So lange bleibt unser Mitglied auf 130,-Euro Schulden sitzen. Schöne Neue Welt des Jobcenters Frankfurt.



# Zusammen sind wir stark

Der Verein Zusammen e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, dass wir uns nicht mehr für dumm verkaufen und uns nicht mehr einschüchtern lassen. Wir organisieren gegenseitige Hilfe beim Antrag ausfüllen oder um den Bescheid des Jobcenters zu verstehen. Viele unserer Mitglieder haben Arbeit, der Lohn reicht aber nicht zum Leben. In unserem Verein reden wir auch über die Arbeitsbedingungen, über die Miete oder über Probleme mit den Nachbarn. Wir sind alle mit den ähnlichen Problemen konfrontiert und nur wenn wir uns zusammenschließen können wir der Schikane, dem Stress bei der Arbeit und den niedrigen Löhnen etwas entgegensetzen. Dafür lohnt es sich, Mitglied zu werden und mitzumachen. Wir wollen auch die Hintergründe der Gesetze, die uns bedrücken, kennen und benennen, wer davon profitiert. Wenn wir uns Gehör verschaffen wollen, sollten wir uns mit unseren Nachbarn und Kollegen zusammentun und aktiv werden. Das macht übrigens auch mehr Spaß, als sich alleine damit herumzuschlagen.



Zusammen e.V., Alt-Rödelheim 12, 60489 Frankfurt, 069-37300389, info@zusammen-ev.de, www.zusammen-ev.de

# Die Nidda-Schote

Zeitung des Vereins Zusammen e.V. - Ausgabe Oktober 2014

## Welche Verschärfungen kommen auf uns zu?

Was "Rechtsvereinfachung" genannt wird, sind Maßnahmen um den Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte zu erhöhen.

Eine Arbeitsgruppe tagt seit Monaten hinter verschlossenen Türen, um weitere Verschärfungen des Sozialgesetzes auszutüfteln. Beteiligt sind die Bundesländer, das Bundesarbeitsministerium, die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen. Die Verschärfungen werden den Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte erhöhen. Hier die wichtigsten Beschlüsse:

### - Umzug wird erschwert

Die Jobcenter sollen Umzüge in Wohnungen, deren Miete höher ist als die bisherige nicht mehr zustimmen. Das gilt auch, wenn die neue Miete angemessen ist. Wer dennoch umzieht, bekommt nur die bisherige Miete bezahlt. Damit wird es erschwert, aus schlechten aber vielleicht günstigen Wohnungen auszuziehen.

### - Kontrolle wird erhöht

In Zukunft soll jeden Monat ein Datenabgleich mit „angezeigten Beschäftigungsverhältnissen“ stattfinden. Das wurde bisher viermal jährlich gemacht. Die Schikane gegenüber Aufstockern wird erhöht.

### - Leistungen verfallen

Wenn das Jobcenter Leistungen zu Unrecht vorenthalten hat, mussten diese bisher rückwirkend erstattet werden. Das soll jetzt abgeschafft werden - da spart die Bundesagentur auf unsere Kosten viel Geld.

### - Kürzung für Alleinerziehende

Wenn ein Kind für einige Tage auch beim anderen Elternteil lebt, wird in Zukunft der Regelsatz für diese Tage abgezogen. Eine weitere Verarmung der ohnehin stark von Armut betroffenen Alleinerziehenden.

### - Verschärfte Sanktionen

Unklar ist, ob die Pläne der Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) zur Verschärfung der Sanktionen bei Meldeversäumnissen umgesetzt werden. Diese sehen vor, pauschal um 50,- € oder 100,- € zu kürzen und nicht mehr prozentual, oder eine sofort 30% statt bisher 10% für Meldeversäumnisse. Die Sanktionen sind eine oft genutzte Möglichkeit, den ohnehin schon viel zu niedrigen Regelsatz weiter zu kürzen. Die meisten von ihnen sind rechtswidrig.

### - Ehrenamt benachteiligt

Bisher konnte man für ein Ehrenamt 100,- pauschal als Freibetrag behalten und weitere 100,- Freibetrag für einen Minijob hatte. Dies soll nun abgeschafft werden und nur noch ein Freibetrag gewährt werden. Soziales Engagement wird bestraft.

Gegen die Verschärfungen sind bundesweit Proteste geplant. Wir streben an, dass Erwerbslose und Beschäftigte gemeinsam gegen immer mehr Druck auf Löhne, Arbeitsbedingungen und die Lebensbedingungen von Millionen Menschen kämpfen!



## Es gibt kein Jobwunder!

Monat für Monat verkündet die Bundesagentur Erfolgszahlen. Viele Menschen fragen sich, wo sind eigentlich die ganzen Jobs, von denen da geredet wird? Wir ahnen es schon: Es ist ein Wunder der Statistik, das hier bejubelt wird. Schauen wir uns die Zahlen genauer an: Offiziell sind 2,9 Millionen Menschen arbeitslos.

Dazu kommen 760.000 Arbeitslose, die in Beschäftigungsmaßnahmen oder krank gemeldet sind und 193.000 Menschen, die Kurzarbeitergeld bekommen - sie haben also keine oder wenig Arbeit und kriegen den Lohn zum Teil von der Bundesagentur - sonst wären sie ihren Job los. Das sind rund 4 Millionen Menschen, die eigentlich als arbeitslos zu zählen wären. **Die Quote läge dann bei mindestens 10% und nicht bei den jetzt offiziellen 6,7%.**

Die meisten Arbeitslosen beziehen ALG II, nämlich rund zwei Millionen und davon ist die Hälfte bereits seit mehr als 12 Monaten arbeitslos. Massenarbeitslosigkeit und Armut durch Hartz IV ist ein Dauerphänomen in Deutschland.

Es gibt 500.000 gemeldete offene Stellen. Selbst wenn also alle diese Stellen besetzt werden könnten, wären immer noch mehr als 3 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Von den vielen Beschäftigten, die es laut Statistik jetzt gibt, arbeiten mehr als 20% im Niedriglohnsektor und rund 5 Millionen sind nur geringfügig beschäftigt. Mehr als 1,2 Millionen Menschen arbeiten für so niedrige Löhne, dass sie ergänzende ALGII-Leistungen beantragen müssen. Ein Niedriglohn- und Teilzeit-Jobwunder.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

# Wer profitiert von der Schikane?

„Das ist doch reine Schikane“, sagen wir oft, wenn wir wieder einmal im Jobcenter stehen und schlecht behandelt werden: das Geld wird nicht ausgezahlt, wir bekommen keine Auskunft, Antragsformulare werden nicht ausgehändigt, lange Wartezeiten, ein schlechter Ton, Verweigerung von Leistungen, Dokumente werden nicht gefunden, und so weiter.

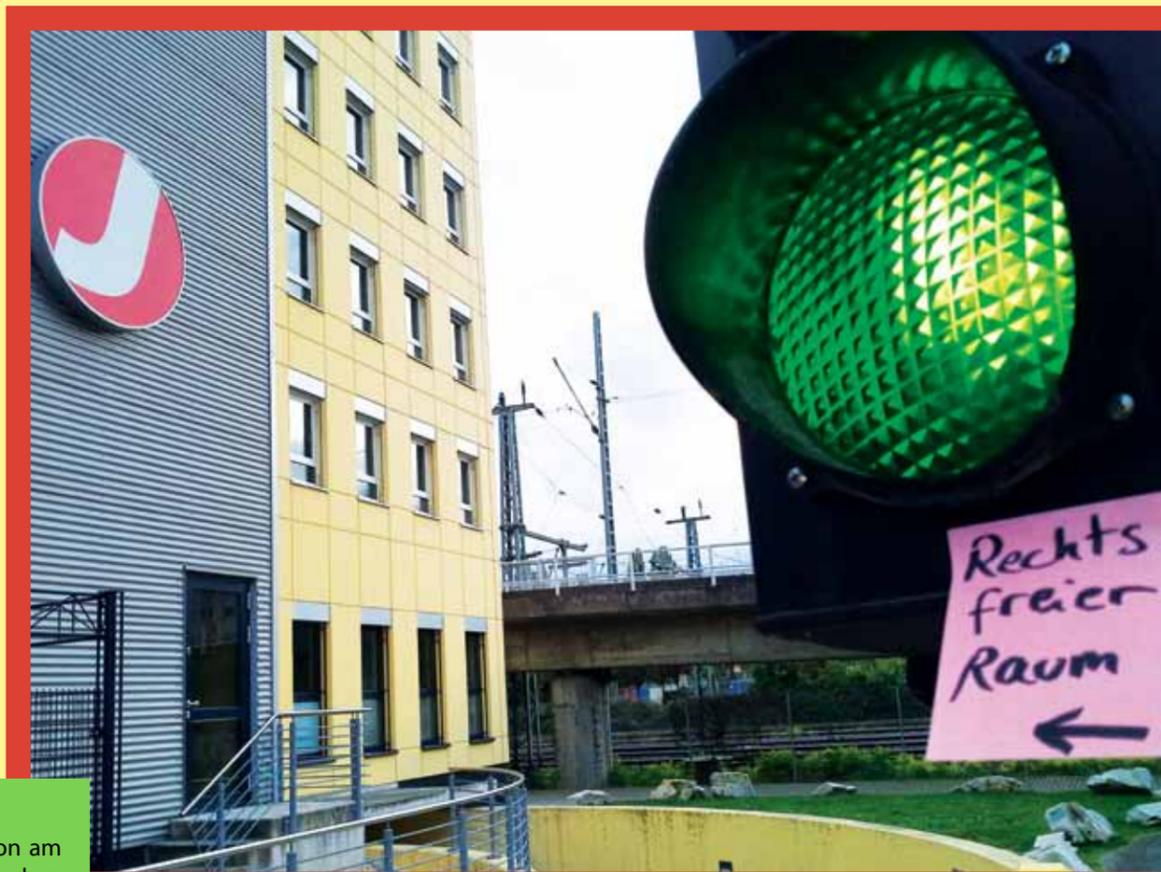
Was aber ist eine Schikane? Im Duden steht, dass Schikane eine durch Ausnutzung staatlicher oder dienstlicher Machtbefugnisse getroffene Maßnahme ist, durch die jemandem unnötig Schwierigkeiten bereitet werden. Schikane ist also eine „kleinliche, böswillige Quälerei“, auch das steht im Duden.



Das passt zu den Erfahrungen, die wir im Jobcenter machen. Wie oft stehen wir den Sachbearbeitern im Jobcenter gegenüber und fragen uns, warum die uns so ärgern. Sind es böse Menschen, haben sie schlecht geschlafen? Welche Absicht verfolgen sie mit dem Druck, mit dem schlechten Ton, mit den Drohungen, die sie uns gegenüber aussprechen?

„Wenn Sie diese Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben, dann werden Ihre Leistungen gekürzt!“ Es klingt nicht nur wie eine Drohung, es ist eine. Wenn man uns die Leistungen kürzt, dann haben wir nichts mehr, wovon wir uns und unsere Familien über die Runden bringen können. Unsere Existenz ist gefährdet. Das Jobcenter hat die Macht, uns existenzielle Angst einzujagen. Das ist keine gute Grundlage für eine Vereinbarung. Wir ziehen dabei den Kürzeren.

Die Absicht hinter den Drohungen ist uns bekannt, sie wird uns auch fast immer mitgeteilt: wir sollen jeden Job annehmen, den uns das Jobcenter oder der Arbeitsmarkt bietet. Meistens ist es Leiharbeit mit schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen, befristeten Verträgen. Wir werden unter Druck gesetzt, ohne Respekt behandelt, damit wir uns so schnell wie möglich irgendeinen Job suchen, um bloß nicht mehr zum Jobcenter zu müssen.



Wer profitiert aber von diesem Schikane-Gesetz?

Es ist uns allen klar. Die Arbeitgeber profitieren von dieser Situation am meisten. Sie müssen weniger Löhne zahlen, weil immer mehr Menschen aus existenzieller Angst bereit sind, für immer weniger Lohn zu arbeiten. Und zwar alle!

Würde das Jobcenter uns ohne Grund schikanieren, könnten wir rechtlich dagegen vorgehen: § 226 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) verbietet die Schikane, wenn sie nur der Schikane wegen erfolgt. Da ist das Jobcenter fein raus! Es verfolgt ja damit einen Zweck. Die unter ‚Hartz-Gesetze‘ bekannten Gesetze zur Neuordnung des Arbeitsmarktes verfolgten und verfolgen bis heute das Ziel, die Löhne massiv zu senken. Das wurde auch erreicht.

Übrigens handelt das Jobcenter nach geltendem Recht! Im Paragraph 2 des zweiten Sozialgesetzbuches heißt es, dass wir alle Jobs annehmen müssen, die uns zugemutet werden können. Das sind fast alle Jobs, außer wenn die Löhne 30 % niedriger sind als der Tariflohn oder weil jemand geistig, körperlich oder seelisch nicht in der Lage ist, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Das muss aber durch einen Amtsarzt bescheinigt werden. Wer das schon mal mitgemacht hat, kennt auch hier die besondere Form der Schikane.



## Alle machen Minus - Geringverdiener am meisten!

